

Paul Nolte

**Der Verlust der Utopie und die wiedergefundene Mitte.
Vorstellungen sozialer Ordnung
in der westdeutschen Gesellschaft (1945-1965)***

I.

Als Walter Dirks, der katholische Publizist und Mitherausgeber der „Frankfurter Hefte“, im Jahre 1954 auf dem Deutschen Studententag vortrug, ermahnte er gegen Ende seiner Rede das studentische Publikum zu der Aufgabe, „daß die gesellschaftliche Wirklichkeit selbst erkannt und erfahren werde“. Die Westdeutschen lebten, so Dirks, in einem ihnen „unbekannten Land“, in dem „weite Gebiete des gesellschaftlichen Lebens ... unerforscht“ seien – die Arbeiterschaft und den „Mittelstand“ in der jungen Bundesrepublik nannte er als Beispiele. Ironisch beruhigte Dirks die Studenten: Er wolle sie keineswegs „alle zu Soziologen machen“. Aber was alle bräuchten angesichts der „ideologische(n) Nebel über der deutschen Gesellschaft“, das sei „ein zureichendes reales Bewußtsein der deutschen gesellschaftlichen Wirklichkeit“, ein „Bewußtsein der Gesellschaft über sich selbst“.¹

Was Dirks hier umtrieb: das Bemühen um eine Erfassung der sozialen Ordnung und darüber hinaus das Verlangen nach einem sozialen „Selbst-Bewußtsein“, nach einer gesellschaftlichen Selbstverortung möglichst weiter Kreise der Bevölkerung, teilte er mit vielen seiner westdeutschen Zeitgenossen in den 50er Jahren. Sicher, die Menschen haben immer versucht, ihre

* Dieser Beitrag wurde am 9. 6. 1997 im Kolloquium „Sozialstrukturen und soziale Bewegungen“ vorgestellt und diskutiert. Er stellt zugleich einen Ausschnitt aus einem größeren Forschungsprojekt dar, das in eine Geschichte sozialer Ordnungsvorstellungen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert münden soll. Zu den theoretischen und methodischen Voraussetzungen und Zielen des Projekts, die im folgenden weitgehend ausgeklammert bleiben, vgl. meine Skizze: Paul Nolte, Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsgeschichte. Umriss einer Ideengeschichte der modernen Gesellschaft, in: Thomas Mergel/Thomas Welskopp (Hg.), Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft, München 1997, S. 275-298.

¹ Walter Dirks, Die Studenten in der Gesellschaft. Aus einem Vortrag auf dem dritten Deutschen Studententag, in: Frankfurter Hefte (= FH) 9 (1954), S. 428-440, hier S. 437 f.

gesellschaftliche Umwelt zu erklären und auf den Begriff zu bringen und dabei ihre eigene soziale Lage in Beziehung zu den Gesamtentwürfen sozialer Ordnung zu setzen – das gilt für die griechische Antike ebenso wie für die europäische Frühe Neuzeit. Es gilt erst recht für die Geschichte der westlichen Gesellschaften seit jener Zäsur, die wir uns als den Beginn der Moderne zu bezeichnen angewöhnt haben, seit der sozialen und ökonomischen Transformation in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Und es gilt hier wiederum in erhöhtem Maße für jene besonders verdichteten, krisenhaften Übergangsphasen, für Phasen der gesellschaftlichen Verunsicherung und beschleunigten Neuformierung, wie sie im Vormärz oder in der Zeit der Jahrhundertwende, in der Weimarer Republik oder eben in der Neuordnungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg zu erkennen sind. Die Zeit zwischen, grob gesprochen, etwa 1946/47 und den frühen 60er Jahren war in Westdeutschland mitbestimmt durch eine intensive Debatte über Charakter und Eigenarten der gesellschaftlichen Ordnung, durch eine intensive Suche nach dem eigenen gesellschaftlichen Selbstverständnis und nach dem Ort der bundesrepublikanischen Gesellschaft in der Kontinuität der deutschen Gesellschaftsgeschichte seit der Industrialisierung. Löste eine neue „Industriegesellschaft“ die „bürgerliche Gesellschaft“ ab, und welche Rolle spielten Technik und „Automation“ dabei? Drohte als Folge die Atomisierung des Einzelnen in einer anonymen Massengesellschaft, oder wie konnte sich das Individuum behaupten? War die Arbeiterschaft noch eine Klasse, ein „Proletariat“; was unterschied sie von den Angestellten, oder war sie auf dem Weg zum Bürgertum? Und gab es dieses noch, oder wenigstens einen Mittelstand – oder lösten sich die Klassen und Schichten, wie man sie seit über hundert Jahren kannte, überhaupt auf – aber was trat dann an ihre Stelle? Das waren einige der zentralen Fragen, die Politiker, Wissenschaftler, aber auch die Öffentlichkeit damals beschäftigten, ja intensiv bedrängten in einer heute nur noch schwer nachvollziehbaren Weise. Die kleine Aufzählung zeigt freilich schnell, daß die *Fragen* häufig gar nicht so neu waren – um sie hatte sich ein Großteil der Auseinandersetzung über die gesellschaftliche Ordnung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer wieder gedreht. Neu waren allerdings viele der *Antworten*, die jetzt gefun-

den wurden – aber sie standen nicht sofort in einer „Stunde Null“ bereit, sondern wurden in der Auseinandersetzung mit den traditionellen Topoi und Argumenten erst im Laufe der 50er Jahre gewonnen, so daß sich mühsam, aber letztlich sehr wirkungsvoll und folgenreich, ein neues Selbstverständnis, eine neue Selbstbeschreibung der deutschen Gesellschaft durchsetzte. Nachdem die Zeitgeschichtsforschung die Gründungsphase der Bundesrepublik lange Zeit unter der – häufig stark politisch-moralisch aufgeladenen – Frage nach „Neubeginn oder Restauration?“ behandelt hat, aber selbst unter den Gegnern der Restaurationsthese oft ein eher skeptisches Bild der Adenauer-Ära vorherrschte, hat der Beginn einer intensiven sozial- und kulturgeschichtlichen Erforschung der Epoche seit einigen Jahren eine andere Perspektive entwickelt: Die „langen 50er Jahre“ (Werner Abels- hauser) waren nicht eine Zeit der Stagnation oder des neuen sozialen Biedermeier, sondern eine Phase dynamischen Umbruchs und besonders rapider Modernisierung in vielen Bereichen – vom Durchbruch der „Konsumgesellschaft“ bis zur Transformation von Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft.² Das kann hier nicht weiter entfaltet werden. Aber vielleicht gilt diese Perspektive auch für die Geschichte der *Vorstellungen* und *Entwürfe* über die Gesellschaft: Sie wahrte zunächst, und darin behielt die ältere Sichtweise recht, in Themen und Fragestellungen eine starke Kontinuität zu den vorangegangenen Jahrzehnten; aber sie wälzte die alten Probleme gewissermaßen argumentativ so um, daß sich eine in vielem neuartige Selbstdefinition der Gesellschaft herauskristallisierte, die man dann als Modernisierung der sozialen Erfahrung, als Modernisierungsleistung im Diskurs der frühen Bundesrepublik kennzeichnen könnte.

II.

Noch vor den Konsequenzen der sozialen Umschichtungsprozesse bestimmte ein anderer, scheinbar „naturwüchsiger“, den sozialen Konflikten vorgeordneter Faktor seit Anfang der 1950er Jahre maßgeblich das Bewußtsein

² Stellvertretend, und besonders wichtig: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel Schildt, *Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre*, Hamburg 1995.

der westdeutschen Gesellschaft: die Beherrschung durch „Industrie“ und „Technik“³ – und deren mögliche soziale Folgen, die unter den seit mehr als hundert Jahren vertrauten Leitbegriffen der „Masse“ und der Massengesellschaft diskutiert wurden. Dabei meinte „industrielle Gesellschaft“ nicht die Gesellschaft seit der Industriellen Revolution der Mitte des 19. Jahrhunderts, sondern jene Gesellschaft der Gegenwart, in der die Technik bis in den Alltag hineinreichte und industrielle Organisationsformen über den engeren Bereich der industriellen Produktion hinaus soziale Beziehungen und politische Herrschaft prägten. „Industrielle Gesellschaft“ bildete insofern einen Gegenbegriff zur älteren, nunmehr als obsolet angesehenen „bürgerlichen Gesellschaft“ und bezeichnete die Unmöglichkeit des klassischen bürgerlichen Individualismus, aber ebenso die Auflösung der bürgerlichen Klassengesellschaft, in der soziale Ungleichheit mit politischer Über- und Unterordnung einherging, zu einer durch funktionale Imperative von Technik und Organisation bestimmten sozialen Ordnung. Ähnliche Überlegungen spielten auch in anderen westlichen Ländern – in Frankreich, England und zumal in den USA – zur gleichen Zeit eine wichtige Rolle; 1955/56 hielt Raymond Aron an der Sorbonne seine „Vorlesungen über die industrielle Gesellschaft“, die freilich erst 1962 in deutscher Übersetzung erschienen.⁴

Aber trotz einer teilweise intensiven Rezeption vor allem der amerikanischen Debatte gewann die deutsche Reflexion über die „industrielle Gesellschaft“ eine charakteristische Eigenständigkeit, in ihrem Bezug auf Traditionen ebenso wie in ihrer Deutung der Gegenwart und Zukunft. Gerade weil hier der Zusammenstoß mit vielen der älteren, konservativen und kulturkritischen Topoi der deutschen Gesellschaftsdeutung vorprogrammiert war – der gegen die urbane Industriegesellschaft gesetzten Agrarromantik, der Skepsis gegenüber fortschreitender Technisierung, der Furcht vor „Vermassung“ und „Atomisierung“ des Individuums –, wurden diese Deutungsmuster, nicht zuletzt im Generationenkonflikt, einer Revision unterworfen und hatten am

³ Vgl. schon Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957*, Stuttgart 1981, S. 389; sowie jetzt ausführlich, unter sehr ähnlichen Fragestellungen und zu ähnlichen Ergebnissen kommend wie das folgende: Schildt, *Moderne Zeiten*, S. 324-350.

⁴ Raymond Aron, *Achtzehn Vorlesungen über die industrielle Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1962 (Erstveröffentlichung in Frankreich 1961). Vgl. dazu Ralf Dahrendorf, *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit*, 2. Aufl., München 1994, S. 145 ff.

Ende der fünfziger Jahre ihre seit dem 19. Jahrhundert gewährte große Anziehungskraft fast vollständig verloren. „Wir müssen uns allmählich daran gewöhnen“, so lautete ein typisches Plädoyer der „Modernisierer“, „die Welt anzuschauen, wie sie ist, nicht wie sie war. Wir haben es jetzt mit der industriellen Gesellschaft zu tun. Ihr müssen sich wohl oder übel auch die Lebensbereiche richtig anpassen, die bisher in den Formen, mit den Methoden und in den Denkweisen der Vergangenheit durchzukommen hofften.“⁵ Auf diese Weise bedeutete die zeitgenössische Selbstverständigung über die industrielle Gesellschaft und ihre Konsequenzen einen entscheidenden Schritt zu einem „ernüchterten“, von Vergangenheitsverklärung und übersteigerter Utopie gleichermaßen freien Bild der sozialen Ordnung in der Bundesrepublik.

Es waren durchaus unterschiedliche Impulse, die zu Beginn der fünfziger Jahre zusammentrafen und die Diskussion über Industrie, Technik und Massengesellschaft konturierten. Einerseits begann ein rapider wirtschaftlicher und sozialer Strukturwandel, durch den sich der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Erwerbstätigen bis 1960 auf 13,3 Prozent fast halbierte;⁶ ländliche Randgebiete etwa in Bayern oder im Nordwesten Deutschlands wurden zum ersten Mal in die öffentliche Infrastruktur von Verkehr und Versorgung einbezogen; die technisch-industrielle Gesellschaft wurde in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre flächendeckend. Zum anderen veränderte sich die industrielle Produktion selber durch Automatisierung und den Durchbruch bei der Massenproduktion von Konsumgütern.⁷ Hier blickte man besonders intensiv auf die schon fortgeschritteneren Verhältnisse in Amerika; die „Gesellschaft am Fließband“ – so der deutsche Titel des eifrig rezipierten Buches von Peter F. Drucker – wurde zum geflü-

⁵ Karl W. Böttcher, Von der Mehrheit zur Minderheit. Der Weg der deutschen Bauernschaft, in: FH 11 (1956), S. 350-358, hier S. 358.

⁶ Schwarz, Ära Adenauer, S. 390.

⁷ Bei der Diskussion über die „Automatisierung“ – und für das weitverbreitete Gefühl, daß ihre Konsequenzen nicht nur auf das Innere der Fabrik beschränkt bleiben würden, sondern die gesellschaftliche Organisation im Ganzen betrafen –, spielte auch die Kybernetik als eine der „Modewissenschaften“ der fünfziger Jahre eine wichtige Rolle. Vgl. z.B. Hans G. Schachtschnabel, Automation in Wirtschaft und Gesellschaft, Reinbek 1961.

gelten Wort.⁸ In der Öffentlichkeit einflußreiche Soziologen wie zumal der bis 1960 an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft lehrende Helmut Schelsky sahen in Technik und Automatisierung die mächtigsten Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung der Zukunft, die zu der Überwindung der Klassegegensätze und zur Nivellierung des sozialen Gefüges maßgeblich beitragen;⁹ ganz ähnlich kontrastierte René König in einem Radiovortrag den „durch eine große Arbeiterklasse“ charakterisierten „Kapitalismus“ mit dem System der „fortgeschrittenen Industriegesellschaften“ und ihrer „Konzentration in der gesellschaftlichen Mitte“.¹⁰ Auf diese Weise wurde die Technik, so ein schwäbischer Ingenieur schon 1947, zum „Schicksal“;¹¹ und für diese Erfahrung waren, drittens, die Kernspaltung und die Atombombe von einschneidender Bedeutung. Die Herrschaft technischer Organisationsprinzipien einerseits, die politische Erfahrung der totalitären Herrschaft andererseits trieben, viertens, die „Vermassung“ des Individuums in ein neues Stadium, machten sie aber zugleich, das ist noch zu verfolgen, als Begleiterscheinung einer unausweichlichen technischen Entwicklung akzeptabler, als sie es früher gewesen war.

Wie die überwältigende Erfahrung der Technik als ideologischer Neutralisator wirkte und dadurch eine politische Stabilisierungsfunktion für die frühe Bundesrepublik übernahm, kann man schon daran erkennen, daß dieser Topos in durchaus ähnlichen Wendungen in den programmatischen Äußerungen fast aller Parteien eine zentrale Rolle spielte. So stellte das Grundsatzzprogramm der CSU im Jahre 1957 fest, in der Gegenwart vollziehe sich „ein ständiger Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse, ausgelöst durch

⁸ Peter F. Drucker, *Gesellschaft am Fließband*, Düsseldorf 1952; der amerikanische Originaltitel lautete neutraler: *The New Society: The Anatomy of Industrial Order*, New York 1950. Vgl. auch ders., *Die totale Revolution der Gesellschaft durch das Fließband*, in: *FH 5* (1950), S. 262-276; aus den Rezensionen siehe z.B. Eduard Rosenbaum, *Die Gesellschaft und das Maschinenwesen*, in: *Merkur 7* (1953), S. 979-990.

⁹ Vgl. bes. Helmut Schelsky, *Zukunftsaspekte der industriellen Gesellschaft*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 1* (1956), S. 34-41; ders., *Die sozialen Folgen der Automatisierung*, Düsseldorf/Köln 1957. Zu Schelskys Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ siehe ausführlicher den nächsten Abschnitt III.

¹⁰ René König, *Technische Entwicklung und soziale Struktur*, in: ders., *Soziologische Orientierungen*, Köln 1965, S. 245-257, hier S. 250.

¹¹ Egmont Hiller, *Technik als Schicksal*, in: *FH 2* (1947), S. 567-580.

fortschreitende Technisierung, Industrialisierung und Vermassung. Das liberale Zeitalter des Individualismus mit seinen hochkapitalistischen Erscheinungsformen liegt hinter uns. Es kann und soll nicht mehr erweckt werden“ – stattdessen bedürfe es nun „einer neuen sozialen Ordnung“. ¹² Ganz ähnlich war für die Sozialdemokraten „der Umbau der gesellschaftlichen Ordnung ... das Gebot der Stunde“, das sich aber nicht aus den kapitalistischen Klassenverhältnissen ergab, sondern aus drei Elementen der „zweiten industriellen Revolution“: der Atomenergie, der Automation, und der elektronischen Maschinen. ¹³ Ja, die naturhafte, gegenüber politischen Interventionen gleich welcher Richtung resistente Entwicklung der Technik ließ die Perspektive einer Veränderung der Gesellschaft auf das Ziel ihrer Beobachtung schrumpfen, denn die erste Forderung lautete nunmehr: „Die deutsche Sozialdemokratie verlangt: 1. Eine ständige Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung“, wofür ein „unabhängiger Forschungsrat“ zuständig sein sollte, der „die gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Erscheinungen der industriellen Revolution ständig beobachten und Folgerungen daraus ziehen“ müßte. ¹⁴

Die allmähliche Umformung etablierter Argumentationsstränge hinsichtlich von Technik, Industrie und Massengesellschaft läßt sich am besten bei solchen Autoren der mittleren bis älteren Generation verfolgen, die auch schon vor 1933 wissenschaftlich und publizistisch tätig waren und die sich, grob gesprochen, einer politisch eher konservativ getönten Kultursoziologie zuordnen lassen, auch wenn ihre Biographien während des „Dritten Reiches“, zwischen Emigration und partieller Anpassung, durchaus verschieden verlaufen konnten. Während Hans Freyers Arbeiten bis in die ersten Jahre des NS-Regimes vor allem auf die Profilierung einer politischen Soziologie des Volkes zielten, die wenigstens zeitweise ihre Affinität zu den National-

¹² Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union, 1957, in: Wilhelm Mommsen (Hg.), Deutsche Parteiprogramme, 2. Aufl. München 1960, S. 617-624, hier S. 618 f.

¹³ Entschließung „Die zweite industrielle Revolution“, beschlossen auf dem Münchner Parteitag der SPD 1956, in: Programme der deutschen Sozialdemokratie, hg. vom Bundessekretariat der Jungsozialisten. Hannover 1963, S. 178-182, hier S. 178. – Eine ganz ähnliche Diktion kennzeichnete dann ja auch drei Jahre später das „Godesberger Programm“ der SPD und zumal seine Präambel.

¹⁴ Entschließung „Die zweite industrielle Revolution“, S. 180.

sozialisten keineswegs leugnete,¹⁵ wurde nach 1945, besonders seit den frühen fünfziger Jahren, die soziale und kulturelle Theorie der „Industriegesellschaft“ zu seinem bevorzugten Thema, das er zum ersten Mal in der „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ systematisch entfaltete.¹⁶

Man kann in dieser durchaus typischen Hinwendung zum Problem der Technik und zu anderen, politisch „systemneutralen“ Phänomenen wie der häufig in diesem Zusammenhang diskutierten „Bürokratisierung“¹⁷ eine bewußte Strategie der Entpolitisierung sehen, aber sie war dennoch ein Schritt auf dem Weg der „Deradikalisierung des deutschen Konservatismus“ (Jerry Muller) und seines Gesellschaftsbildes. Konnte man der „Theorie des gegenwärtigen Zeitalters“ noch eine Romantisierung der vorindustriellen Vergangenheit und ein Verharren in den Bahnen der alten deutschen Kulturkritik vorwerfen,¹⁸ distanzierte sich Freyer davon in den sechziger Jahren zunehmend, obwohl er dem großen Thema treu blieb: „Für diejenigen Formen“, so grenzte er sich nun explizit auch von seiner eigenen Vergangenheit ab, „in denen die Kulturkritik im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meist betrieben worden ist, und für die Begriffsschemata, mit denen sie arbeitete, ist heute nicht mehr die Stunde. (...) Moderne Kulturkritik muß von der Erkenntnis ausgehen, daß die Industriekultur ein System eigener Gesetzlichkeit ist und daß sie zur Lebensform der ganzen Erde zu werden im Begriffe

¹⁵ Vgl. etwa Hans Freyer, *Der politische Begriff des Volkes*, Neumünster 1933; ders., *Volkwerdung. Gedanken über den Standort und die Aufgaben der Soziologie*, in: *Volksspiegel* 1 (1934), S. 3-9. – Auf die Karriere Freyers im „Dritten Reich“ kann hier nicht eingegangen werden; vgl. dazu jetzt vor allem die Arbeiten von Jerry Z. Muller, *The Other God That Failed: Hans Freyer and the Deradicalization of German Conservatism*, Princeton 1987; ders., *Enttäuschung und Zweideutigkeit. Zur Geschichte rechter Sozialwissenschaftler im „Dritten Reich“*, in: *Geschichte und Gesellschaft (= GG)* 12 (1986), S. 289-316; zu Freyer als Soziologe der „industriellen Gesellschaft“ in der Bundesrepublik vgl. jetzt u.a. Volker Kruse, *Historisch-soziologische Zeitdiagnosen in Westdeutschland nach 1945*. Eduard Heimann, Alfred von Martin, Hans Freyer, Frankfurt 1994 (bes. S. 141-186).

¹⁶ Vgl. Hans Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, Stuttgart 1955; sowie später ders., *Schwelle der Zeiten*, Stuttgart 1965; ders., *Gedanken zur Industriegesellschaft*, Mainz 1970.

¹⁷ Vgl. z. B. Freyer, *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, S. 165.

¹⁸ So in einer sehr charakteristischen, scharfen Kritik bei Kurt Sontheimer, *Soziologische Spekulationen*, in: *FH* 10 (1955), S. 826-828. – Vgl. dagegen etwa Arnold Gehlen, *Zu Hans Freyers Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, in: *Merkur* 9 (1955), S. 578-582.

ist. Das ist kein Kotau vor den Tatsachen, sondern eine legitime historische Einsicht.“¹⁹

Eine andere, in den fünfziger Jahren gleichfalls stark beachtete und sogar politisch unmittelbar einflußreiche Variante desselben Prozesses der Anpassung konservativer Gesellschaftskritik wurde von Wilhelm Röpke und Alexander Rüstow repräsentiert, die beide 1933 in die Türkei emigriert waren und dort in Istanbul gelehrt hatten.²⁰ Beide prangerten in ihren von tiefer Skepsis durchdrungenen universalhistorischen und kultursoziologischen Werken, die wissenschaftsgeschichtlich noch ganz in der Tradition der Kulturphilosophie zwischen Jahrhundertwende und Weimarer Republik standen, den „Kollektivismus“ – so der negative Leitbegriff Röpkes – und die „Vermassung“ in der modernen Gesellschaft an, deren Ursachen wiederum in Technisierung, Industrialisierung und Verstädterung – im Grunde: in der gesamten historischen Entwicklung seit der Französischen Revolution – gesehen wurden.²¹ Damit entsprachen ihre Vorstellungen eher denen des „alten“ Konservativismus, und es war deshalb nur konsequent, wenn Röpke den Nationalismus als Geschwisterkind des Kollektivismus ebenso verurteilte: „als Ausdruck und Folge der Auflösung der echten Gemeinschaften konkreter Menschen ..., als Denkform und Leidenschaft von ‘Intellektuellen’ und ‘Massen’, die sich in der durch Zellzerstörung amorph gewordenen

¹⁹ Hans Freyer, Über das Dominantwerden technischer Kategorien in der Lebenswelt der industriellen Gesellschaft, in: ders., Gedanken zur Industriegesellschaft, S. 131-144, hier S. 144; vgl. ähnlich auch ebd., S. 154 f., 205. – Auch Schildt, Moderne Zeiten, bes. S. 346 f., sieht in Freyer, Gehlen und Schelsky „moderne Konservative“, die mit ihren seinerzeit einflußreichen Deutungen wirkungsvoll aus den Topoi des älteren deutschen Konservativismus ausgebrochen seien.

²⁰ Vgl. zu Rüstows Biographie und zu seinem Werk – vor allem der dreibändigen „Ortsbestimmung der Gegenwart“ – jetzt Kathrin Meier-Rust, Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement, Stuttgart 1993.

²¹ Vgl. Wilhelm Röpke, Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart, Erlenbach-Zürich 1941; ders., Civitas humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform, Erlenbach-Zürich 1946; ders., Die Krise des Kollektivismus, München 1947; sowie knapper etwa ders., Die proletarisierte Gesellschaft, in: Der Monat 2 (1949/50), Nr. 21 (Juni 1950), S. 227-231; Alexander Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik, 3 Bde., Erlenbach-Zürich 1950-1957; sowie knapper: ders., Zwischen Kapitalismus und Kommunismus, in: Ordo. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 2 (1949), S. 100-169; ders., Kritik des technischen Fortschritts, in: Ordo 4 (1951), S. 373-407.

modernen Stadt- und Industriegesellschaft gebildet haben.“²² Die Brücke aber, über die Röpke ebenso wie Rüstow zu einer Anerkennung der gesellschaftlichen Ordnung der neuen Bundesrepublik gelangen konnte, bildete das Bekenntnis zu einem wirtschaftlichen Liberalismus, der das Gegengewicht individueller Freiheit gegenüber den vorherrschenden Tendenzen des „Kollektivismus“ sichern sollte, und die praktische politische Konsequenz, die beide mit ihrer Zuordnung zu der neoliberalen „Ordo“-Schule um Walter Eucken, Alfred Müller-Armack und Franz Böhm, dem „think tank“ der „sozialen Marktwirtschaft“, zogen.

Was das Menschenbild und die gesellschaftsdiagnostischen Grundlagen betrifft, standen die Theoretiker der „Freiburger Schule“, das sollte nicht vergessen werden, sehr wohl in Traditionen der Kulturkritik und einer Verfallstheorie der historischen Entwicklung in der Neuzeit. „Industrialisierung und moderne Technik“ – das waren auch hier die als zentral angesehenen Faktoren – waren inzwischen „zu einer schweren Bedrohung der Freiheit geworden“, so daß die Geschichte den Weg in zunehmende Unfreiheit gehe, wie Walter Eucken in einem programmatischen Aufsatz für das neue publizistische Flugschiff „Ordo“ ausführte.²³ Dahinter stand zuerst die Erfahrung des Nationalsozialismus und dann auch des sowjetischen Kommunismus, und deshalb wurde der Ausweg aus der drohenden Vermassung und Versklavung der Menschen nicht mehr in der Rückkehr zu einer homogenen und konformistischen „Gemeinschaft“ gesucht, sondern, und das bezeichnet den innovativen Bruch dieser „Altliberalen“ mit der konservativen deutschen Kulturkritik, in Individualisierung, Wettbewerb und Kapitalismus.

Die Wirtschaft mit ihren Funktionsmechanismen erhielt, ganz untypisch für die in der Regel wirtschaftsfeindlichen, mindestens aber wirtschaftsfremden Grundzüge der deutschen bürgerlichen Ideologien, den Primat über Gesellschaft und Politik zuerkannt. Auch darin kann man wiederum eine Form der „ideologischen Neutralisierung“ sehen. Wenn das Ziel, scheinbar recht konventionell, hieß: „der Vermassung entgegenwirken“, dann war der Weg dazu jetzt: „Wettbewerb“, und zwar nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch

²² Wilhelm Röpke, Die Nationalisierung des Menschen, in: Merkur 4 (1950), S. 929-941, hier S. 932.

²³ Walter Eucken, Das ordnungspolitische Problem, in: Ordo 1 (1948), S. 56-90, hier S. 56, 73.

bezüglich der sozialen Positionen der Menschen. Ständische Verkrustungen und veraltete Prestigehierarchien sollten damit aufgebrochen werden, denn „Wettbewerb duldet keine Konservierung gesellschaftlicher Schichtungen. Er ist die Ordnung des auf echter Leistung beruhenden gesellschaftlichen Aufstieges und auch des Abstiegs.“²⁴ Kurt Sontheimer hat für Adenauer und andere Politiker der CDU in den fünfziger Jahren das Paradox konstatiert, daß sie in ihren Reden, kulturkritischen Topoi folgend, immer wieder den Individualismus und Materialismus der Zeit kritisiert hätten, der doch nur das Resultat der von ihnen selber ins Werk gesetzten Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik gewesen sei.²⁵ Für die theoretischen Köpfe dieser Politik gilt das erst recht, aber es war für sie kein Widerspruch, aus einer pessimistischen Zeitdiagnose die Forderung nach einer modernen gesellschaftlichen Ordnung abzuleiten.

Das erkennt man besonders deutlich an der Auseinandersetzung, die der Neoliberalismus in den ersten fünfzehn Jahren der Bundesrepublik mit der katholischen Soziallehre um das von dieser nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt lancierte Projekt einer berufsständischen Gliederung der Gesellschaft führte. Während die Arbeiterbewegung in der selben Zeit – im Zeichen einer Aussöhnung von Sozialismus und Katholizismus, wie sie etwa die „Frankfurter Hefte“ repräsentierten – die Berufsständeidee zwar nicht begrüßte, aber doch vermehrt um Verständnis für alternative Konzeptionen einer sozial und politisch gerechteren Gesellschaft bemüht war,²⁶ ließ es der wirtschaftliche Liberalismus an scharfer Kritik gegen die vor allem aus der Enzyklika „Quadragesimo anno“ abgeleiteten Ständevorstellungen, deren einflußreichster Fürsprecher in Deutschland Oswald v. Nell-Breuning war,²⁷

²⁴ Walter Eucken, Franz Böhm, Vorwort. Die Aufgabe des Jahrbuchs, in: *Ordo* 1 (1948), S. VII-XI; die Zitate S. XIII f.

²⁵ Kurt Sontheimer, *Die Adenauer-Ära. Grundlegung der Bundesrepublik*, München 1991, S. 79.

²⁶ Zudem gab es Versuche, besonders innerhalb der Gewerkschaften, an das in der Weimarer Republik weitgehend gescheiterte Projekt eines „Reichswirtschaftsrates“ wieder anzuknüpfen, der ja seinerseits, wie die Vorgeschichte des Artikels 165 der Weimarer Reichsverfassung zeigt, auf einem eigenartigen Amalgam sozialistischer Rätevorstellungen und konservativer Berufsständeideen beruhte.

²⁷ Vgl. z. B. Oswald v. Nell-Breuning, *Berufsständische Ordnung und Monopolismus*, in: *Ordo* 3 (1950), S. 211-237.

nicht fehlen,²⁸ und als sich in den sechziger Jahren neue Strömungen im sozialen Katholizismus durchsetzten, die von dem Leitbild der berufsständischen Ordnung Abschied nahmen, wurde dies von den Neoliberalen wohlwollend registriert.²⁹

Ein entscheidender Schritt zur „Modernisierung“ der sozialen Ordnungsvorstellungen, gerade in langfristiger historischer Perspektive gesehen, vollzog sich schließlich hinsichtlich des mit den Phänomenen von „Industrie“ und „Technik“, wie wir schon gesehen haben, immer wieder in enge Verbindung gebrachten Problems von „Masse“ und „Massengesellschaft“. Angesichts der doppelten Erfahrung des Nationalsozialismus und der Nachkriegsgesellschaft mit der Konformisierung der Gesellschaft einerseits, der Auflösung sozialer Bindungen andererseits sah es zunächst so aus, als biete die frühe Bundesrepublik einen idealen Nährboden für die umstandslose Fortsetzung der romantisch-konservativen Kritik der sozialen Masse, wie sie zwischen Französischer Revolution und Vormärz etabliert worden war und seit der Jahrhundertwende – Le Bons „Psychologie der Massen“ sei dafür stellvertretend angeführt – besonders wirkmächtig sowohl das Denken breiter Bevölkerungsschichten als auch Argumentationsstränge der frühen Soziologie bestimmt hatte.³⁰ „Man kann heutzutage“, so hieß es schon 1951, „beinahe keinen Zeitungs- oder Zeitschriftenaufsatz allgemeineren Inhalts mehr lesen oder sich ebensolche Vorträge oder Rundfunkkommentare anhören, ohne alsbald auf den Begriff der ‘Vermassung’ zu stoßen. Die sog. Vermas-

²⁸ Vgl. etwa Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern 1952, S. 145-149, 347-350; K. Paul Hensel, Ordnungspolitische Betrachtungen zur katholischen Soziallehre (im Sinne der päpstlichen Enzykliken *Rerum Novarum* und *Quadragesimo Anno*), in: *Ordo* 2 (1949), S. 229-269; sowie die Kontroverse zwischen Anton Rauscher und Josef Bless in *Ordo* 9 (1957) bis 12 (1960/61).

²⁹ Für diese Neuorientierung spielten auch neue Publikationen eine wichtige Rolle, z.B. „*Civitas*. Jahrbuch für christliche Gesellschaftsordnung“ (1, 1962 ff.); vgl. darin insbes.: Hans Maier, Politischer Katholizismus, sozialer Katholizismus, christliche Demokratie, in: *Civitas* 1 (1962), S. 9-27; siehe dazu: Gerhard Tholl, Neue ordnungspolitische Aspekte der katholischen Staats- und Soziallehre, in: *Ordo* 15/16 (1965), S. 569-578.

³⁰ Das kann hier nicht weiter ausgeführt werden. Vgl. dazu Helmut König, *Zivilisation und Leidenschaften. Die Masse im bürgerlichen Zeitalter*, Reinbek 1992; Reinhart Koselleck u.a., *Volk, Nation, Nationalismus, Masse*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. 7, Stuttgart 1992, S. 141-431. – Gustave Le Bons *Psychologie der Massen* erschien 1895 und in deutscher Übersetzung Leipzig 1908.

sung erscheint, gemessen an der Häufigkeit, mit der darüber gesprochen und geschrieben wird, als das Grundübel unserer Zeit, als die Wurzel oder jedenfalls der Inbegriff der Krisenhaftigkeit des modernen Lebensstils.“³¹

Stillschweigend aber hatte sich, sieht man etwas genauer hin, die Bedeutung des Begriffes gegenüber seinem Gebrauch in den ersten drei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, besonders in der Soziologie der zwanziger Jahre, entscheidend verschoben. Zielte die frühere Massenlehre – wie auch immer sie kompliziert zwischen „organisierter“ und „latenter“ Masse unterschied oder über den „Gruppen“-Charakter von Masse stritt – im Kern auf die Zusammenballung von Unterschichten als Gefährdung der bürgerlichen Ordnung, auf Masse als „crowd“ und kollektive Handlungseinheit – und dann zunehmend auch: auf Masse als Instrument und Gegenüber des „Führers“ –,³² erschien Vermassung in den fünfziger Jahren gerade im Gegenteil vor allem als Vereinzelung und Vereinsamung des Individuums in der durch die Folgen der Technik sozial entkorporierten Industriegesellschaft. Damit war das Massenproblem auch keine „Klassenfrage“, kein Problem der Antinomie von Arbeitermassen und bürgerlicher Welt mehr, da diese selber in den universellen Prozeß der Vermassung mit einbezogen war.³³ Deshalb bildete es auch keinen Widerspruch mehr, wenn Ludwig Erhard in seinen Reden immer wieder die „Aufsaugung der Menschen in Massengesellschaften“ im „Zeitalter der Technisierung und Automatisierung“ vorsichtig kritisierte, aber im selben Atemzug seine Version der „klassenlosen Gesellschaft“³⁴ propagierte: „Es

³¹ H. Wiesbrock, Schlagwort „Vermassung“. Zugleich ein Beitrag zur Charakterologie unseres Zeitalters, in: Soziale Welt (= SW) 2 (1950/51), S. 341-348, hier S. 341.

³² Vgl. z.B. Robert Michels, Psychologie der antikapitalistischen Massenbewegungen, in: Grundriß der Sozialökonomik, Bd. IX/1: Die gesellschaftliche Schichtung im Kapitalismus, Tübingen 1926, S. 241-359; Wilhelm Vleugels, Der Begriff der Masse. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Massentheorie, in: Jahrbuch für Soziologie 2 (1926), S. 176-201; Friedrich Wieser, Masse, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 6, 4. Aufl. Jena 1925, S. 512-515; Theodor Geiger, Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolutionen, Stuttgart 1926/ND Darmstadt 1967.

³³ Vgl. z.B. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 188: „Masse besteht nicht aus einer bestimmten sozialen Schicht; sondern Masse ist ein Zustand, in dem sich Menschen aller Schichten befinden können.“

³⁴ Ludwig Erhard, Das Handwerk hat Zukunft. Ansprache am 2. 7. 1960 zum 60jährigen Bestehen der Handwerkskammer Köln, in: ders., Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf 1962, Neuausgabe 1992, S. 492-499, die Zitate S. 492.

ist heute nicht mehr das eigentliche soziale oder soziologische Problem“, argumentierte er 1960 vor der Kölner Handwerkskammer, „wie sich die einzelnen Stände, Schichten und Berufe nebeneinander und zueinander ordnen, sondern das eigentliche Problem liegt im Menschlichen begründet“³⁵ – nämlich in der Frage nach den Bedingungen der menschlichen Existenz in der Massengesellschaft überhaupt. Das mag man ideologiekritisch als Verhüllungsstrategie entlarven, aber gemessen an den früheren Schwierigkeiten des deutschen Konservativismus, sich positiv zu einer entschichteten, nivellierten, klassenlosen Gesellschaft zu stellen, war damit eine Barriere durchbrochen.

Aber wichtiger noch wurde etwas anderes: Die Klagen über die Massengesellschaft verfielen bald nicht mehr, die Diagnose der Vermassung wurde von den Intellektuellen zunehmend zurückgewiesen und entsprach offenbar auch nicht mehr dem Lebensgefühl der Bevölkerung. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wandte sich Friedrich A. Wagner gegen die „zum guten Ton“ gewordene pessimistische Redeweise von Masse und Kollektiv und kritisierte den simplen Mechanismus, dabei der „Technik“ einerseits, dem „Amerikanismus“ andererseits die Schuld zuzuweisen.³⁶ Und in einer Umfrage unter jungen Arbeitern Anfang der 1960er Jahre erbrachte die zeittypische Frage: „Man spricht heute viel von der Masse. Gewinnt man Ansehen und Beachtung als einzelner oder als kleine Gruppe oder als Masse?“, daß mehr als die Hälfte der Befragten der „individualistischen“ Option folgten und nicht einmal jeder Dreizehnte der Ansicht war, nur die Anpassung an die Masse verschaffe Achtung und Ansehen, eine Meinung, die mit zunehmendem Alter zudem noch seltener vertreten wurde.³⁷

Vgl. insbes. noch: Wirtschaftspolitik als Teil der Gesellschaftspolitik. Rede vor dem Bundesparteitag der CDU am 28. 4. 1960 in Karlsruhe, ebd., S. 476-491.

³⁵ Erhard, *Handwerk*, S. 492.

³⁶ Friedrich A. Wagner, *Jenseits von Masse und Kollektiv*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 15. 5. 1954; hier zit. nach dem Abdruck in: *Die Neue Gesellschaft (= NG)* 1 (1954), Heft 1, S. 69. Vgl. auch Willi Birkelbach, *Von der Massenbeherrschung zur Selbstverantwortung*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte (= GM)* 2 (1951), S. 698-702.

³⁷ Fritz Arlt/Dorothee Wilms, *Junge Arbeiter antworten ... Junge Arbeiter und Angestellte äußern sich zu Beruf und Arbeit, Gesellschaft und Bildung*, Braunschweig 1962, bes. S. 60 ff.

Den vielleicht eigenwilligsten Versuch, die „Legende von der Massengesellschaft“, wie er es nannte, zu widerlegen, unternahm schon am Ende der vierziger Jahre Theodor Geiger, in der Weimarer Republik einflußreicher Soziologe in Braunschweig, der nach seiner Emigration an der neugegründeten dänischen Universität Aarhus eine neue Wirkungsstätte gefunden hatte. Und doch war sein „selbst-soziographischer Versuch“³⁸ sehr bezeichnend für die Epoche und ein Vorgriff auf die fünfziger Jahre mit ihrem charakteristischen Bemühen, sozialen Strukturen durch Empirie und durch die Frage nach der subjektiven „Selbsteinschätzung“ näher zu kommen. Während dreier Monate – im Juni und Oktober 1946 und nochmals im April 1947 – führte Geiger ein exaktes Protokoll über seinen Tagesablauf und die sich in ihm ergebenden sozialen Kontakte: Welcher Art waren sie; wie lange dauerten sie jeweils; und nicht zuletzt: waren es vor allem Kontakte mit Fremden oder überwogen soziale Beziehungen in den von ihm so genannten „Gruppen erster Ordnung“ – in Familie, Verwandtschaft und Freundschaft? Nach der peniblen Auswertung auch des flüchtigsten Gesprächs mit seiner Sekretärin kam er zu dem Ergebnis, daß das Schlagwort vom „atomistischen Massendasein der Gegenwart“ keine Berechtigung habe: „Die zahlenmäßigen Ergebnisse des Versuchs widersprechen dieser beliebten Redensart in einem Grade, der den Verfasser selbst überrascht hat.“ Weniger als zwei Prozent der Tagesdauer machten nämlich die „anonymen“ Kontakte aus, womit Geiger „das berüchtigte Klischee ... als Ammenmärchen enthüllt“ sah.³⁹ Mit der methodischen Naivität dieses Experiments und seiner bemerkenswert unsoziologischen Deutung fiel Geiger zwar weit hinter das schon ein halbes Jahrhundert früher von Georg Simmel und anderen erreichte Niveau der Erklärung von Nähe und Fremdheit in der modernen Gesell-

³⁸ Vgl., auch zum Folgenden: Theodor Geiger, *Demokratie ohne Dogma. Die Gesellschaft zwischen Pathos und Nüchternheit*, München 1963 (geschrieben vor 1950 – Geiger starb 1952 – und aus dem Nachlaß veröffentlicht; zuerst dänisch 1960), hier bes. S. 75-111; Geigers soziographischer Selbstversuch ist auch schon dokumentiert in: ders., *Die Legende von der Massengesellschaft*, in: *Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie* 39 (1950/51), S. 305-323; vgl. ferner im Umkreis desselben Themas, das Geiger in den letzten Lebensjahren stärker als alles andere beschäftigte: ders., *Das Problem der Masse in der modernen Gesellschaft*, in: *Politische Studien* 11 (1960), S. 217-224.

³⁹ Geiger, *Demokratie ohne Dogma*, S. 105 f., 108.

schaft zurück, auch hinter den Anspruch seiner eigenen Arbeiten der zwanziger Jahre, aber darauf kam es hier nicht an. Theorie und Spekulation sollten gerade beiseitegewischt, die Realitäten des modernen Lebens endlich anerkannt werden.

Geigers eher politisch-pädagogischer als wissenschaftlicher Impuls war die vehemente Gegnerschaft gegen die konservative Kulturkritik mit ihren Klagen über Vermassung und Atomisierung des Menschen, der er die Mitschuld am Aufstieg des Nationalsozialismus gab und die er – ausdrücklich wandte er sich immer wieder gegen Wilhelm Röpke⁴⁰ – nach 1945 eine verhängnisvolle Tradition fortsetzen sah. Noch wesentlich einflußreicher hieb in den fünfziger Jahren ein anderer Emigrant, der aus der Schweiz nach Deutschland zurückgekehrte Soziologe René König, in die gleiche Kerbe. Zuerst in seiner programmatischen Schrift „Soziologie heute“ aus dem Jahre 1949 und dann immer wieder öffentlichkeitswirksam in zahlreichen Rundfunkvorträgen und Zeitschriftenbeiträgen entlarvte er „die ganze Massenproblematik ... als eine optische Täuschung“ und verteidigte insbesondere die Ausweitung und „Vermassung“ des Konsums, der seit der Mitte der fünfziger Jahre zu einem neuen Reizwort und Feindbild der Massenkritiker geworden war: „Es heißt: Alle Arbeiter von heute fahren Motorrad! Nun – warum sollten sie es nicht tun?“⁴¹

Aber auch einer der zentralen älteren Topoi der Kultur- und Gesellschaftskritik wurde jetzt, von König wie von anderen, immer wieder scharf angegriffen und hatte bis zum Beginn der sechziger Jahre seine alte Suggestivkraft in Westdeutschland fast vollständig eingebüßt: die Kritik der Großstadt

⁴⁰ Siehe z. B. Geiger, Demokratie ohne Dogma, S. 31; ders., Problem der Masse, S. 217.

⁴¹ René König, Masse und Vermassung, in: GM 7 (1956); hier zit. nach dem Wiederabdruck in: ders., Soziologische Orientierungen, S. 479-493; die Zitate S. 481, 487; vgl. ders., Soziologie heute, Zürich 1949; ders., Gestaltungsprobleme der Massengesellschaft, in: Soziologische Orientierungen, S. 461-478 (zuerst in: Schweizerische Monatshefte 38, 1959); ders., Die Gesellschaft von heute zwischen gestern und morgen, in: Soziologische Orientierungen, S. 79-91 (zuerst als Radiovortrag „Sender Freies Berlin“, 27. 3. 1962). – Vgl. auch ders., Art. Masse, in: ders. (Hg.), Fischer-Lexikon Soziologie, Frankfurt 1958, S. 174-181: ein Artikel, der ganz von der ideologiekritischen Perspektive auf die älteren Topoi der Massensoziologie und -psychologie bestimmt ist, der „Masse“ als soziales Phänomen und als Gegenstand der Soziologie aber gar nicht mehr ernst nimmt.

und die Agrarromantik als ihr Spiegelbild.⁴² Nur vereinzelt wirkte, teils auch in personeller Kontinuität zum „Dritten Reich“, die alte Klage über die vermeintliche Auflösung „organischer“ Sozialbeziehungen durch die Verstädterung noch fort,⁴³ während andererseits auch intelligente Konservative wie Helmut Schelsky die Frage „Ist der Großstädter wirklich einsam?“ verneinten und die Argumente der Kulturkritik ausdrücklich zurückwiesen:⁴⁴ Die Menschen in den Großstädten der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft fühlten sich nicht mehr „einsam, enturzelt, verloren“, und das Interesse der breiten Bevölkerung, zumal des Bildungsbürgertums, an solchen Deutungen und den entsprechenden Lösungsvorschlägen hatte sich zu Beginn der sechziger Jahre fast völlig verloren. In allen sozialen Gruppen und durch das gesamte politische Spektrum hindurch wurden die „Massengesellschaft“, die Entwicklung und die überragende soziale Prägekraft der Technik und der gesamte Strukturtyp einer „Industriegesellschaft“ jetzt ausdrücklich bejaht, mindestens aber stillschweigend akzeptiert.

III.

Für einen Zeitraum von etwa hundert Jahren, vom Vormärz bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, war in Deutschland die soziale Ungleichheit der „Klassen“ der alles andere überragende Faktor in der Erfahrung und Deutung gesellschaftlicher Ordnung gewesen. Die Sorge um einen zu starken Einfluß des „Geldes“, um es in der Sprache des 19. Jahrhunderts zu sagen, die Angst vor einer gesellschaftlichen Polarisierung und der sozialen Revolution – oder unter umgekehrtem Vorzeichen die Erwartung einer klassenlosen Gesellschaft –, hatten in allen sozialen Gruppen eine große Prägekraft

⁴² Vgl. z.B. König, Die Gesellschaft von heute, S. 83. – Die Literatur über deutsche Agrarromantik und Großstadtskepsis führt selten über 1933/45 hinaus.

⁴³ Vgl. z.B. Max Rumpf, Soziale Welt – heute und vor hundert Jahren, in: SW 3 (1951/52), S. 240-245 – eine Bestandsaufnahme in nahtloser Fortsetzung der völkischen Soziologie vor 1945, zu deren Hauptvertretern Rumpf gehört hatte; die „Soziale Welt“ bot in den frühen fünfziger Jahren eines der wichtigsten publizistischen Foren für die Fortsetzung von Agrarromantik und „organischer“ Sozialwissenschaft, was nicht zuletzt aus wissenschaftsgeschichtlichen, institutionellen Kontinuitäten resultierte.

⁴⁴ Helmut Schelsky, Ist der Großstädter wirklich einsam?, in: ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit, Düsseldorf 1965, S. 305-309; das folgende Zitat: S. 307 (zuerst in: Magnum, Nr. 9, Mai 1956).

entfaltet. Die Furcht vor einer Dichotomisierung und einem Zerreißen der Gesellschaft ließ die Sehnsucht nach Homogenität entstehen, und diese sollte ihren sozialen Ort nicht zuletzt in der „Mitte“ finden. Die Universalisierung der gesellschaftlichen Mitte, ein ursprünglich aristotelischer Topos, wurde in Deutschland ebenfalls bereits im Vormärz wieder aktualisiert und behielt seine Bedeutung bis weit in das 20. Jahrhundert hinein. Die Debatte über Strukturen und Ordnungsmuster der westdeutschen Gesellschaft, die in den „langen fünfziger Jahren“ so intensiv geführt wurde, drehte sich maßgeblich um Wahrnehmungen und Wunschvorstellungen einer „mittelständischen“ und „bürgerlichen“ Gesellschaft, in der ein Ausgleich von Interessen und eine Befriedung der die erste Jahrhunderthälfte so scharf markierenden Sozialkonflikte möglich sein sollten.

Helmut Schelskys Begriffsprägung von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“, die er in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre sich abzeichnen sah, ist die bis heute wirkungsvollste Formel dafür geworden, die nicht zufällig schon zeitgenössisch eine ungewöhnliche, über soziologische Fachkreise weit hinausreichende Popularität erlangte, aber auch Kontroversen auslöste.⁴⁵ Angeregt von Beobachtungen im Rahmen seiner empirischen Studie über die „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“, welche die Erfahrung von sog. „Schicksalsgruppen“ in der westdeutschen Bevölkerung der Nachkriegszeit in den Mittelpunkt rückte, machte der damals an der Hamburger Akademie für Gemeinwirtschaft forschende und lehrende Soziologe die „Radikalität der sozialen und politischen Ereignisse“ dafür verantwortlich, daß die Überwindung der ehemaligen Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft nunmehr in Deutschland am weitesten fortgeschritten war.⁴⁶ Kollektive Auf- und Abstiegsprozesse hätten sich während der letzten zwei Generationen so vermehrt und überkreuzt, dazu noch staatliches Handeln etwa in der Sozial- oder Steuerpolitik so gewirkt, daß man

⁴⁵ Vgl. bes. Helmut Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart*, Dortmund 1953; ders., *Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft* (1953), in: ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit*, S. 311-336; und andere Aufsätze in diesem wichtigen Sammelband; vgl. dazu Hans Braun, *Helmut Schelskys Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und die Bundesrepublik der 50er Jahre*, in: *Archiv für Sozialgeschichte (= AfS)* 29 (1989), S. 199-233.

⁴⁶ Schelsky, *Schichtungsbegriff*, S. 331; die folgenden Zitate ebd., S. 332.

von einer „Entdifferenzierung der alten, noch ständisch geprägten Berufsgruppen“, von einer „Nivellierung in einer verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaftsschicht“, die weder proletarisch noch bürgerlich sei, sprechen könne. Dabei maß er dem Umbruch zu einer „Konsumgesellschaft“ frühzeitig große Bedeutung bei, der zu einer Nivellierung auch im Sinne einer Vereinheitlichung der sozialen und kulturellen Verhaltensformen in einem verhältnismäßig einheitlichen „Lebensstil“ der nivellierten Mittelstandsgesellschaft geführt habe, für den die industrielle Massenproduktion von ehemals nur für die Oberschichten erschwinglichen Konsumgütern die materielle Voraussetzung sei.⁴⁷

Zweifellos neigte Schelskys Entwurf zu einer harmonisierenden Sichtweise auf fortbestehende Ungleichheiten, auf Spannungs- und Konfliktzonen in einer weiterhin hierarchisch gestaffelten Gesellschaft,⁴⁸ wenngleich aus heutiger Sicht bemerkenswert ist, wie stark seine Beschreibung sich seit der Mitte der 80er Jahre in der neuen Soziologie sozialer Ungleichheit, von Ulrich Beck bis Hans-Peter Müller, wiederfindet.⁴⁹ Die Auflösung von Klassen und Schichten, der soziale „Fahrstuhleffekt“ und die Bedeutung von „Lebensstil“ und „Milieu“: All dies fand sich im Kern schon bei Schelsky entwickelt, der insofern nur seiner Zeit ein gehöriges Stück voraus war. Aber im Kontext seiner eigenen Zeit ist etwas anderes viel wichtiger. Die Idee einer relativ gleichförmigen Mittelschichtengesellschaft bedeutete trotz der semantischen Kontinuität des „Mitte“-Topos einen entschiedenen Bruch mit solchen traditionellen Vorstellungen von der sozialen Mitte, die einen „Mittelstand“ als deutlich (zumal nach „unten“) *abgegrenzte Gruppe* vor allem der kleineren und mittleren Selbständigen propagierten und in ihm eine Garantie für Stabilität und Ordnung erkannten. Denn diese klassische

⁴⁷ Schelsky, Schichtungsbegriff, S. 332; vgl. dazu auch ders., Gesellschaftlicher Wandel (1956), in: ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit, S. 337-351.

⁴⁸ Gegen solche Vorwürfe hat sich Schelsky selber freilich von vornherein entschieden verwahrt; vgl. z.B. Gesellschaftlicher Wandel, S. 341.

⁴⁹ Vgl. hier nur Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt 1986; Hans-Peter Müller, Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, Frankfurt 1992; Stefan Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987.

deutsche Mittelstandsideologie war zu Beginn der 50er Jahre keineswegs auf dem Rückzug, sondern erlebte in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit eine kraftvolle Renaissance. Das „Hamburger Programm“ der CDU für die Bundestagswahl 1953 nannte den Mittelstand, ganz in der hergebrachten organologischen Metaphorik, ein „für eine gesund gegliederte Gesellschaft ... unentbehrliches, aufbauendes und verbindendes Element“ und erkannte den Anspruch der „mittelständischen Berufe“ auf ein „ständische(s) Gemeinschaftsgefühl“ ausdrücklich an.⁵⁰ Schon zwei Jahre früher, im Herbst 1951, hatten sich Bauern und Handwerker zu einem „Mittelstandsblock“ organisatorisch zusammengeschlossen, und die „Frankfurter Hefte“ fragten kritisch, ob dieser „sich als einen Stand zwischen oben und unten, als Stand in der Mitte einer Hierarchie ansieht, oder ob er in Gestalt des dritten Sozialpartners sich eine Funktion als Vermittler erobern will.“⁵¹

Schelsky aber sprengte diese Alternative überhaupt, weil die Kategorie des „Standes“ für ihn keine Bedeutung mehr haben konnte; ein spezifisches Mittelstandsproblem, so argumentierte er, gab es nicht mehr, weil es zur Problematik der Gesamtgesellschaft geworden war.⁵² Und es bedeutete in diesem Zusammenhang eine maßgebliche und folgenreiche Innovation, wenn Schelsky sich als konservativer deutscher Soziologe, der in den 30er Jahren Assistent Hans Freyers in Leipzig gewesen war, positiv zu einer „nivellierten“ Gesellschaft bekannte, mit der die bürgerliche Ideologie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das Schreckbild von Atomisierung und Massengesellschaft verbunden hatte, gegen deren Vordringen ein starker Mittelstand gerade als Palliativ wirken sollte. Schelsky und andere, die ähnlich argumentierten, zeigten auf diese Weise, daß die nach wie vor begehrte „Gesellschaft der Mitte“ keine ständisch segmentierte Gesellschaft mehr sein mußte und daß sich die damit verknüpften sozialen und ideologischen Dilemmata der Weimarer Republik – jene Ambivalenz zwischen Ständesehnsucht und Ständeressentiment, die die Nationalsozialisten so virtuos

⁵⁰ Hamburger Programm der CDU 1953, in: Mommsen (Hg.), Parteiprogramme, S. 582-596, hier S. 588.

⁵¹ Karl Wilhelm Böttcher, Ansichten und Aussichten des Mittelstandsblocks, in: FH 7 (1952), S. 448-455, hier S. 455.

⁵² Schelsky, Bedeutung des Schichtungsbegriffes, S. 335.

und doppelbödig ausgenutzt hatten – in der Bonner Republik nicht wiederholten.

Sofern sich die Kritik daran entzündete, ob oder inwiefern Schelskys Beschreibung eine Realität der sozialen Transformation im Wiederaufbau, eines Einschmelzens der Klassen im Zeichen des „Wirtschaftswunders“, erfaßte, sollte man als Historiker nicht übersehen, daß es Schelsky ebenso wie anderen, die ähnlich argumentierten, darum schon von der Chronologie her gar nicht in erster Linie gehen konnte, weil die entsprechenden Thesen und Begriffe schon am Ende der 1940er Jahre oder allenfalls in den ganz frühen 1950er Jahren geprägt worden waren: Das gilt für Theodor Geigers Entwurf über die „Klassengesellschaft im Schmelztiegel“ aus dem Jahre 1949 ebenso wie für die oben schon erwähnte, weniger bekannte Schrift René Königs, „Soziologie heute“, die er im gleichen Jahr, kurz nach der Rückkehr aus der Züricher Emigration auf den Kölner Lehrstuhl, als programmatische Skizze einer neuen deutschen Gesellschaftsanalyse vorlegte. Nicht zuletzt scheint es sich, blickt man auf die Geburtsjahre der genannten Autoren (Geiger war Jahrgang 1891, König 1906 und Schelsky 1912 geboren), um ein Generationsphänomen der um die Jahrhundertwende Geborenen zu handeln, um einen Reflex der Erfahrung gesellschaftlicher Entwicklung in Deutschland nach der Hochphase der kaiserzeitlichen Klassengesellschaft, zwischen Krieg und Inflation, Weimarer Republik und „Drittem Reich“, der nach dessen Zusammenbruch in die Utopie einer neuen Ordnung projiziert wurde. Diese Schriften von Intellektuellen teilen allerdings mit der weiteren öffentlichen Debatte der 50er Jahre, auch wohl mit dem sozialen Bewußtsein der damals dominierenden Generationen überhaupt, daß eine Auseinandersetzung mit der Gesellschaftspolitik des Nationalsozialismus – etwa unter Stichworten wie „Volksgemeinschaft“ oder „berufsständische Ordnung“ – und ihren sozialen Folgen, die uns heute aus einer breiten Historikerkontroverse bekannt sind, kaum stattfand: Das „Dritte Reich“ war kein expliziter Bezugspunkt, wenn in den 50er Jahren über die soziale Ordnung in Deutschland, ihre historischen Traditionen und ihre gegenwärtige und zukünftige Transformation diskutiert wurde. Eher grenzte man sich noch einmal von dem Marxschen Zweiklassenmodell und seiner Wirkmächtigkeit ab und

berief sich auf jene empirischen Widerlegungen der marxistischen Prognosen, die schon eine Generation früher, ja im Grunde seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts, Allgemeingut geworden waren: Die Klassengesellschaft polarisierte sich nicht weiter, weil, so argumentierte König ganz ähnlich wie früher Gustav Schmoller oder Emil Lederer, der „alte Mittelstand“ sich anzupassen und zu überleben vermochte und daneben ein in sich schon wieder vielfältig gegliederter „neuer Mittelstand“ entstanden sei.⁵³ Wenn man noch 1949 zu dem Fazit gelangen mußte, daß „sich von jetzt ab (!) jede Diskussion über das baldige Verschwinden des Mittelstandes als völlig abwegig (erweist)“, war das schon fast anachronistisch, belegte aber andererseits noch einmal, wie tief sich die marxistischen Prognosen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als Urangst der bürgerlichen Gesellschaft eingegrast hatten.

Auch in einem anderen Punkt knüpfte die Diagnose an die Schichtungsdebatte in der Weimarer Republik an. Nicht nur hatte sich eine beruhigend starke gesellschaftliche „Mitte“ erhalten, sondern die starr gefügten Klassen lösten sich überhaupt auf; die Gliederung der Gesellschaft korrespondierte immer weniger mit materiell abgrenzbaren, hierarchisch aufeinanderliegenden Schichten. Damit rückten, wie Theodor Geiger das schon 1932 im Hinblick auf die Affinität der Mittelschichten zum Nationalsozialismus gezeigt hatte,⁵⁴ die „Mentalität“ von sozialen Gruppen, ihre „Attitüden“, ihre sozialen Selbstbilder und Selbstzurechnungen in den Mittelpunkt des Interesses. Selbstdeutungen der sozialen Lage, das schien ein verborgener Konsens der 50er Jahre zu sein, bestimmten maßgeblich die soziale Wirklichkeit. Ein „Hunger nach Sozialprestige“, so beobachtete der Journalist Helmut Cron 1955 im „Merkur“, durchziehe die westdeutsche Gesellschaft, ein Drang, sich von den anderen symbolisch zu unterscheiden.⁵⁵ Da sich die alte Klas-

⁵³ König, Soziologie heute, S. 53; das folgende Zitat ebd., S. 67. Vgl. Gustav Schmoller, Was verstehen wir unter dem Mittelstande? Hat er im 19. Jahrhundert zu- oder abgenommen?, Göttingen 1897; Emil Lederer, Zum sozialpsychischen Habitus der Gegenwart, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 46 (1918/19), S. 114-139; ders./Jakob Marschak, Der neue Mittelstand, in: Grundriß der Sozialökonomik IX.1, S. 120-141.

⁵⁴ Vgl. Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.

⁵⁵ Helmut Cron, Der Hunger nach Sozialprestige, in: Merkur 9 (1955), S. 1109-1122; das folgende Zitat S. 1112 f.

sengliederung aber aufgelöst habe, orientiere sich diese Sehnsucht an Leitbildern von gestern: „Dabei will es das Verhängnis“, so kritisierte Cron eine bestimmte dieser alten Klassen, „daß die meisten dieser Leitbilder der Zeit um die Jahrhundertwende angehören, also jenem schon zwiespältigen Bürgertum, das in seinen schlechten Beispielen und mit seinen feudalen Präntionen wahrlich alles andere als ein Leitbild für unsere heutige Zeit abgibt.“ Die auf subjektive Geltung und Geltungszuschreibungen zielende Kategorie des „Prestiges“ wurde nach dem Zweiten Weltkrieg aus der amerikanischen Soziologie übernommen,⁵⁶ aber sie konnte erfolgreich aufgegriffen werden, weil sie das Streben nach sozialer Geltung und sozialer Sicherheit in der frühen westdeutschen Gesellschaft zum Ausdruck bringen konnte. Das gilt ganz ähnlich für die ebenfalls dem amerikanischen Vorbild abgeschauten – und auch tatkräftigen Einflüssen zu verdankende – Wendung der Soziologie zur empirischen Sozialforschung, die eine Abkehr von den großen philosophisch-historischen Denkgebäuden in der Tradition der deutschen geisteswissenschaftlichen Soziologie seit dem späten 19. Jahrhundert bedeutete. Und die empirische Sozialforschung bildete einen bezeichnenden Schwerpunkt, eine sehr charakteristische Fragestellung aus: Sicher interessierte sie sich auch für eine möglichst präzise Erfassung der „objektiven“ Schichtungs- und Ungleichheitsstrukturen, der Verteilung von Vermögen und Macht – typischerweise dann nicht mehr in „der“ deutschen Gesellschaft insgesamt, sondern in einer Stadt, einer Region, einer Gemeinde. Aber mehr noch ging es um den methodisch genauen Zugang zu den „subjektiven“ Dimensionen sozialer Schichtung: In welcher sozialen Position sahen die Westdeutschen sich selber, und wie beschrieben sie die soziale Ordnung, in der sie lebten, als Ganze? Schwärme von Soziologen rückten zwischen der Mitte der 50er Jahre und den frühen 60er Jahren mit ihren Fragebögen aus, um immer wieder die Frage nach der „sozialen Selbsteinschätzung“ zu stellen, nach den „Gesellschaftsbildern“ der Bevölkerung; und ist schon die Popularität dieser *Frage* in vieler Hinsicht bezeichnend für den westdeutschen Umgang mit der eigenen sozialen Ordnung in der Wiederaufbauzeit,

⁵⁶ Vgl. z.B. Karl-Martin Bolte, Prestigestrukturen in der industriellen Gesellschaft, in: NG 2 (1955), H. 4, S. 26-32.

können die *Antworten*, die Ergebnisse solcher empirischen Untersuchungen, heute dem Historiker als vorzügliche Quelle für die Selbstbeschreibung der damaligen Gesellschaft, für Vorstellungen über gesellschaftliche Ordnung in der breiten Bevölkerung, dienen.

Beispielhaft sei hier auf die 1958 erschienene Studie von Renate Mayntz über soziale Schichtung und Gesellschaftsbilder in der rheinischen Mittelstadt Euskirchen eingegangen, an der sich viele spätere Studien methodisch orientiert haben, deren Ergebnisse aber auch, bei Modifikationen im einzelnen, meist bestätigt worden sind.⁵⁷ Nach den Bevölkerungsschichten in ihrer Heimatstadt gefragt, beriefen sich nur 4 Prozent auf ein einfaches, dichotomisches Zweischichtmodell, fast die Hälfte nannte drei Schichten, ein knappes Drittel ging von der Existenz von vier oder fünf Schichten aus. Auch an der Begriffswahl wurde deutlich, daß marxistisch beeinflusste Ordnungsvorstellungen selbst in einer Industriestadt in den 50er Jahren kaum noch eine Rolle spielten. Allerdings war für die Arbeiter, zumal die Ungelernten, Einkommen das wichtigste Kriterium für die Einteilung von Schichten, während insgesamt – und besonders bevorzugt für die Mittel- und Oberschicht – ein Berufsmodell sozialer Schichtung die dominierende Rolle spielte. „Klasse“, aber auch „Stand“ – von der einzelnen Kategorie „Mittelstand“ abgesehen, spielten ständische Modelle überhaupt keine Rolle – hatten offenbar viel von ihrer strukturierenden Kraft, von ihrer Leitfunktion als Deutungsmuster der sozialen Ordnung, die sie noch in der Weimarer Republik besessen hatten, eingebüßt; als Reflex der zunehmenden „Verberuflichung“ der Gesellschaft im 20. Jahrhundert wurde soziale Ordnung immer stärker mit Berufsordnung identifiziert, einer Kategorie, die dem Bild einer segmentierten Gesellschaft von vornherein nur noch wenig entsprechen konnte.⁵⁸

⁵⁷ Renate Mayntz, *Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen*, Stuttgart 1958; hier bes Kap. III: „Soziale Schichten in Euskirchen“, S. 75-146.

⁵⁸ Vgl. neben Mayntz z. B. Hansjürgen Daheim, *Die Vorstellungen vom Mittelstand*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (= KZfSS) 12 (1960), S. 237-277, hier S. 238. – Vgl. als Reflexion über diese Kategorien zuletzt Lothar Gall, *Vom Stand zur Klasse? Zu Entstehung und Struktur der modernen Gesellschaft*, in: *Historische Zeitschrift* (= HZ) 261 (1995), S. 1-21.

Obwohl andere Untersuchungen zur gleichen Zeit zeigten, daß in der Industriearbeiterschaft, besonders im Hinblick auf die betrieblichen Sozialbeziehungen, ein „dichotomisches Gesellschaftsbild“ nach dem Grundmuster „Wir hier unten – die da oben“ vorherrschend war – erinnert sei an die vielzitierte Studie von Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrdt und anderen über „Das Gesellschaftsbild des Arbeiters“⁵⁹ –, war doch andererseits eine Neigung der Arbeiterschaft eindeutig feststellbar, sich in der Selbsteinschätzung der eigenen sozialen Lage „nach oben“ hin einzuordnen, als einem „Mittelstand“ oder einer „Mittelschicht“ zugehörig. Darunter mochten sie etwas anderes verstehen als ein Handwerksmeister oder ein Arzt, nämlich „eine soziale Schicht ..., die durch ein bestimmtes materielles Lebensniveau gekennzeichnet ist und das sie selber schon erreicht haben.“⁶⁰ Aber entscheidend war doch, so könnte man argumentieren, die Einigung auf einen gemeinsamen Begriff. Jede Gruppe definierte die gesellschaftliche Mitte so, daß sie sich selber ihr zurechnen konnte – und zwar nach einem für ihre eigene Lebensweise jeweils zentralen Kriterium, das für den Arbeiter Konsum und Wohlstandsniveau, für den Handwerker Selbständigkeit, usw. heißen konnte. So wurde eine imaginäre und doch kulturell sehr wirksame Harmonisierung der frühen bundesrepublikanischen Gesellschaft erreicht, die gerade auf einem pluralistischen, nicht konsistenten Selbstbild ihrer Gruppen als „Mitte“ und „Mittelstand“ beruhte.

Dieser „Sog zur Mitte“, was die Selbsteutung der eigenen sozialen Lage betraf, galt noch mehr als für die Arbeiterschaft für die Angehörigen der Oberschicht in den 50er und frühen 60er Jahren. Es war ein immer wieder bestätigtes und viel diskutiertes Ergebnis der empirischen Sozialforschung, daß es in Westdeutschland keine Oberschicht mehr gab, die sich dazu bekennen wollte – die Spitze der Gesellschaft rechnete sich selber dem Mittelstand, allenfalls einer oberen Mittelschicht, zu. Und wenn sich einmal

⁵⁹ Heinrich Popitz u.a., *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters*. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957.

⁶⁰ Mayntz, *Soziale Schichtung*, S. 118. – Vgl. auch Morris Janowitz, *Soziale Schichtung und Mobilität in Westdeutschland*, in: *KZfSS* 10 (1958), S. 1-38, hier bes. S. 30: „Die soziale Schichtung und Mobilität scheint jenseits der sozialen Wirklichkeit eine subjektive Identifizierung mit der Mittelschicht erzeugt zu haben, wenigstens im Gefolge einer zehnjährigen Prosperität.“

knapp 2 Prozent der Befragten der „Oberschicht“ zuordneten, gehörte von diesen offensichtlich mehr als die Hälfte gar nicht dazu.⁶¹ „Sich selbst als oben stehend zu beschreiben“, deutete Ralf Dahrendorf diese Befunde, „gilt heutzutage auch dann nicht mehr als vertretbar, wenn es offenkundig richtig ist. Ob wir wirklich in einer Mittelstandsgesellschaft leben, muß tunlich in Frage gestellt werden; richtig aber ist, daß die dominante Ideologie der Gleichheit im Sinne der sozialen Gleichrangigkeit es dem Einzelnen verbietet, von sich selbst laut zu sagen, daß er sich für besser als andere hält.“⁶² Bald entstand auch – der Soziologe Karl Martin Bolte darf wohl als Urheber gelten – eine einprägsame und wirkungsvolle Visualisierung dieser auf die Mitte hin konzentrierten Gesellschaft: das auch heute noch vielen schon aus den Schulbüchern vertraute „Zwiebelmodell“ der westdeutschen Gesellschaft mit seinem dicken Bauch, einer stumpfen Spitze für die Unterschicht und einer etwas länger ausgezogenen, aber dafür um so dünneren Spitze für die Reste der Oberschicht.⁶³ Diese Form mit ihren weichen Rundungen, die immer in sich selbst zurückzulaufen schien, vermittelte schon visuell den Eindruck einer harmonischen und „satten“ Sozialordnung. Über die Ursachen für diese „Ideologie der Mitte“, die sich in den 50er Jahren so wirkungsvoll durchsetzte, waren sich schon die Zeitgenossen nicht einig. Für die Oberschicht hob Dahrendorf deren soziale Fragmentierung und psychologische Verunsicherung nach 1945 hervor; für die Arbeiterschaft verwies man meist auf ihre materielle „Entproletarisierung“, die auch kulturell zu einer Auflösung der Klassenmilieus geführt habe, so wie das historisch jetzt von Josef Mooser erforscht worden ist.⁶⁴ Allgemein schien

⁶¹ Ebd., S. 28. – Ähnlich: Mayntz, Soziale Schichtung, S. 115; Daheim, Vorstellungen vom Mittelstand, S. 357.

⁶² Ralf Dahrendorf, Deutsche Oberschicht im Übergang, in: Merkur 18 (1964), S. 323-333, hier S. 324; vgl. ders., Das Kartell der Angst, in: Merkur 19 (1965), S. 803-815; ders., Deutsche Richter. Ein Beitrag zur Soziologie der Oberschicht, in: ders., Gesellschaft und Freiheit, München 1961, S. 176-196; vgl. auch ders., Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, für Dahrendorfs längerfristig angelegtes Argument über Eliten und Oberschichten in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert.

⁶³ Vgl. Karl Martin Bolte, Typen sozialer Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 8 (1963), S. 150-168.

⁶⁴ Vgl. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt 1984; ders., Abschied von der „Proletarität“. Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze/M. Rainer Lepsius

die gestiegene soziale Mobilität nach 1945, nicht zuletzt die relative Öffnung und Durchmischung der Gesellschaft im Zusammenhang mit Bevölkerungsverschiebungen und der Integration der Flüchtlinge, eine große Rolle zu spielen; und hingewiesen wurde außerdem darauf, daß sich die westdeutsche Gesellschaft damit auch im Hinblick auf ihre Selbstbeschreibung an die zum kulturell-politischen Vorbild gewordenen USA annäherte, in denen das Selbstverständnis als Mittelschichtgesellschaft, krassen sozialen Unterschieden zum Trotz, sich schon früher auf zum Teil ähnliche Weise ausgeprägt hatte.⁶⁵

Auffällig selten, wie vorhin schon einmal angedeutet, wurde die Zeit des „Dritten Reiches“, und noch seltener die Ideologie und Sozialpolitik des Nationalsozialismus, als Faktor der sozialen Egalisierung und Modernisierung benannt, die man in den 50er Jahren verspürte. Deshalb ist es schwierig, die gegenwärtige Debatte über Nationalsozialismus und gesellschaftliche Modernisierung⁶⁶ in eine klare Verbindung mit der Gesellschaftsbeschreibung und Sozialideologie der frühen Bundesrepublik zu bringen, aber man kann auch kritisieren, daß diese Debatte bisher zu ausschließlich im Blick auf die Zeit bis 1945 geführt wird, anstatt gründlicher nach längerfristigen Wirkungen über diese Zäsur hinaus zu fragen.⁶⁷ Jedenfalls war es noch 1956 eine erkennbare Ausnahme in der damaligen breiten Diskussion über die Auflösung der Klassengesellschaft, wenn Ernst Fraenkel in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ eine starke Angleichung der westdeutschen Sozialordnung an die der USA diagnostizierte und den „Kampf des Nationalsozialismus gegen ‘Kastengeist’ und ‘Kastendünkel’“ als maßgebliche und nach 1945 weiterwirkende Ursache dafür benannte.⁶⁸ Den meisten

(Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1983, S. 143-186; ders., Auflösung der proletarischen Milieus, in: SW 34 (1983), S. 270-306.

⁶⁵ Vgl. z.B. Janowitz, Soziale Schichtung.

⁶⁶ Vgl. Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt 1991; Rainer Zitelmann, Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs, Hamburg u.a. 1987; sowie zahlreiche Beiträge vor allem in den letzten Jahrgängen der Zeitschrift „Geschichte und Gesellschaft“.

⁶⁷ Ausnahmen gibt es natürlich, z.B. die Ansätze in Conze/Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland.

⁶⁸ Ernst Fraenkel, Startgleichheit und Klassenschichtung, in: GM 7 (1956), S. 457-460, das Zitat S. 460. Wenig später begann dann Ralf Dahrendorf, sein verwandtes Argument über die

erschien die Tendenz zur sozialen Nivellierung auf der Grundlage einer breiten Mittelschichtgesellschaft als Ergebnis einer längerfristigen Entwicklung einerseits, als Errungenschaft der noch kurzen Geschichte der Bundesrepublik andererseits. Insofern kann man auch für den Bereich des sozialen Bewußtseins und der intellektuellen Debatte ein Muster bestätigt finden, das Norbert Frei für die „Vergangenheitspolitik“ der westdeutschen Gesellschaft der 50er Jahre beschrieben hat: eine Ideologie des „Schlußstrichs“ und der Ausklammerung der deutschen Bevölkerung aus der Verantwortung für die Geschichte des „Dritten Reiches“.⁶⁹

IV.

Die Neigung zur gesellschaftlichen „Mitte“ stand mit der Wahrnehmung und Bewertung von „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der frühen Bundesrepublik in ebenso widersprüchlichem Zusammenhang, wie die Begriffe des Bürgers und des Bürgertums, seit langem und weiterhin, unterschiedliche Bedeutung annehmen konnten. Hinsichtlich des Aufbaus von Institutionen und namentlich der Verankerung einer neuen, sozial-kapitalistischen Wirtschaftsordnung mag man, wie Hans-Peter Schwarz das getan hat, von einer „Renaissance der bürgerlichen Gesellschaft“ in den 50er Jahren sprechen;⁷⁰ oder man kann, mit Klaus Tenfelde, in der Universalisierung bestimmter Prinzipien und Organisationsformen eine Zunahme an Bürgerlichkeit in den westlichen Gesellschaften bis in die unmittelbare Gegenwart aufweisen.⁷¹ Von der Kontinuität des Bürgertums als soziokultureller Formation im 20. Jahrhundert, erst recht nach 1945, zu sprechen, dürfte wesentlich problematischer und empirisch schwieriger zu erfassen sein. Aber ein Blick auf zeitgenössische Vorstellungen vom Bürger und vom Bürgerlichen kann zur Beantwortung dieser Frage beitragen, weil sich das Bürgertum nie einfach als Klasse oder Gruppe „an sich“ konstituiert hat, sondern erst als

– in seiner Sicht allerdings v.a. unfreiwillige! – Modernisierungswirkung des „Dritten Reiches“ für die Struktur der deutschen Gesellschaft zu entfalten.

⁶⁹ Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 397, 405.

⁷⁰ Schwarz, *Ära Adenauer*, S. 445 ff.

⁷¹ Klaus Tenfelde, *Stadt und Bürgertum im 20. Jahrhundert*, in: ders./Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Wege zur Geschichte des Bürgertums*, Göttingen 1994, S. 317-353.

Kategorie der Vergemeinschaftung, der Selbstverständigung und Selbstdefinition sozial relevant geworden ist.⁷² Damit aber ist das Bürgertum, etwas überspitzt gesagt, immer dann gefährdet, wenn es, von seinen eigenen Angehörigen oder von anderen, nicht mehr als solches bezeichnet werden kann. Willibald Steinmetz hat die Probleme des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert auf seine „Unfähigkeit zur sprachlichen Selbstbehauptung“ zurückgeführt,⁷³ und das gilt, so möchte ich behaupten, für die westdeutsche Gesellschaft nach 1945 erst recht: Zur Auflösung des Bürgertums trug bei, daß es sich immer weniger als solches bezeichnen konnte; daß der Begriff in der allgemeinen Sprachverwendung keine abgrenzende und definierende Kraft für bestimmte Gruppen der Oberschicht und der oberen Mittelschicht wie Unternehmer oder Akademiker mehr gewinnen konnte, wengleich einzelne solcher Gruppen, wie bestimmte akademische Professionen, eine Zeitlang an die Rhetorik der Bürgerlichkeit anzuknüpfen versuchten.⁷⁴

Vielmehr „verkleinbürgerlichte“ der Bürgerbegriff sehr schnell und schon in den 50er Jahren. In einer 1959 durchgeführten Untersuchung über die „Vorstellungen vom Mittelstand“ nach ihren Schichtungsvorstellungen befragt, spielten Bezeichnungen wie „Bürger“ oder „Bürgerstand“ bei den weitaus meisten Befragten keine Rolle mehr innerhalb einer zumeist als Dreischichtmodell gedachten Ordnung.⁷⁵ Weiter gefragt, in welche übergeordneten Kategorien sie bestimmte Berufe einordnen würden, wurden gerade die genuin bürgerlichen Berufe des 19. Jahrhunderts besonders selten der Bezeichnung „Bürgertum“ zugeordnet. Den „Fabrikbesitzer“ sahen 3,6 Prozent

⁷² Vgl. dazu und zum folgenden auch die wichtigen, allerdings stärker historiographisch angelegten Überlegungen von Hannes Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit? Die Kategorien „Bürgertum“ und „Bürgerlichkeit“ in der westdeutschen Gesellschaft und Geschichtswissenschaft der Nachkriegsperiode, in: GG 20 (1994), S. 549-584.

⁷³ Willibald Steinmetz, Die schwierige Selbstbehauptung des deutschen Bürgertums: begriffsgeschichtliche Anmerkungen in sozialhistorischer Absicht, in: Rainer Wimmer (Hg.), Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch, Berlin 1991, S. 12-40.

⁷⁴ Meine Interpretation unterscheidet sich damit von den Thesen bei Siegrist, Ende der Bürgerlichkeit. Natürlich findet man zahlreiche Belege für die Verwendung des Bürgerbegriffes in den 50er Jahren, aber erst der Blick auf ein weiteres semantisches Feld der sozialen Selbstbeschreibung kann zeigen, welcher Stellenwert dieser Kategorie zukommt. Außerdem sollte man stärker, als Siegrist es tut, Phasen und Generationen unterscheiden; die Bürgertumsemphase eines Alfred von Martin etwa hatte sich um 1960 schon überlebt.

⁷⁵ Daheim, Vorstellungen vom Mittelstand, S. 241 (Tab. 2).

im Bürgertum oder Bürgerstand, den Buchhalter aber 5,6 Prozent und den Lebensmitteleinzelhändler sogar 7,5 Prozent. Noch krasser war der Befund für das frühere Bildungsbürgertum: Den Pfarrer nannten 3,2, den Regierungsrat sogar nur 2,1 Prozent; aber den Schalterbeamten ordneten 4,9 Prozent, den Werkmeister, also einen hochqualifizierten Arbeiter, 5,4 Prozent, und den Schneidermeister sogar 7,2 Prozent als zu einem Bürgertum gehörig ein. Diese Sichtweise setzte sich bei der sozialen Selbsteinordnung der Befragten fort: Am meisten bezeichneten untere Angestellte und Beamte sich als „Bürgertum“ (nämlich zu 7 Prozent), deutlich stärker jedenfalls als die höheren akademischen Berufe (5 Prozent), die gegenüber der Gesamtbevölkerung nur eine leicht überdurchschnittliche Neigung hatten, sich als Teil eines „Bürgertums“ zu sehen.

Einen ganz ähnlichen Befund erbrachten schon einige Jahre früher die Euskirchen-Untersuchung von Renate Mayntz⁷⁶ und eine Umfrage des Allensbach-Institutes, welche von vorgegebenen Berufskategorien die Befragten als „bürgerliche Berufe“ bezeichnen würden. 83 Prozent, also fünf Sechstel der Bevölkerung, bejahten dies für den Handwerker, aber nur 43 Prozent für den Unternehmer – selbst die Arbeiter wurden mit 46 Prozent häufiger als „bürgerlicher Beruf“ eingeordnet. Und wiederum galt dies auch für die Selbsteinschätzung: Nur 52 Prozent der Selbständigen sahen den Unternehmer als Bürger, während ein sogar noch etwas höherer Anteil der Arbeiter, nämlich 54 Prozent, einen „bürgerlichen Beruf“ auszuüben glaubte.⁷⁷ Auch andere Untersuchungen aus derselben Zeit bestätigten, was M. Rainer Lepsius in einem seiner frühen Aufsätze konzise zusammenfaßte: Den „Orientierungspunkt“ für Bürgerlichkeit, für die mit dem „Bürger“ assoziierten Werte und Normen bildete jetzt „die statische und auskömmliche Lebensführung des Handwerkers, des staatsbürgerlich gleichberechtigten Kleinbürgers. (...) Das Image des Bürgerlichen ist in kleinbürgerliche Durchschnittlichkeit aufgelöst.“⁷⁸ An der „Verkleinbürgerlichung“ ehemals

⁷⁶ Mayntz, Soziale Schichtung, z. B. S. 88, Tab. 14.

⁷⁷ Elisabeth Noelle/Erich-Peter Neumann (Hg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach 1957, S. 119. Vgl. dazu auch M. Rainer Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder in der Gegenwart, in: KZfSS 14 (1962), S. 449-458, hier S. 450.

⁷⁸ Ebd., S. 451 f.

bürgerlicher Organisationsformen wie des Vereins kann man erkennen, daß diese Verschiebung nicht auf die Wahrnehmung sozialer Ordnung beschränkt blieb, sondern auch Korrelate in der Sozialstruktur des 20. Jahrhunderts hatte.

Damit blieb eine andere, nach dem Ende des Dritten Reiches zum Teil ganz bewußt forcierte positive Deutung des „Bürgers“ vergleichsweise einflußlos – oder jedenfalls in ihrer Wirkung auf die mehr traditionell gesinnten Teile des alten Bildungsbürgertums beschränkt: der Versuch einer Reaktivierung des klassischen politischen Bürgerideals. Der Göttinger Pädagoge Herman Nohl etwa wandte sich gleich im allerersten Heft seiner „Sammlung“ unter dem programmatischen Titel „Der Bürger“ gegen die Tradition der Verächtlichmachung des Bürgers, wie sie die letzten Jahrzehnte in Deutschland bestimmt habe.⁷⁹ An Aristoteles und Wilhelm Heinrich Riehl erinnernd, propagierte er die klassische „vita civilis“ und eine politisch begründete Dreiteilung der Gesellschaft, in der der bürgerliche Mittelstand sittliche Bedeutung als das stabilisierende Element der politisch-sozialen Ordnung gewinne. Da war es schon konsequenter, das klassische Bild des Bürgers mit einer skeptischen Prognose zu verbinden, wie es der Soziologe Alfred v. Martin – wie Nohl der älteren, noch im Kaiserreich sozialisierten Generation angehörig –⁸⁰ versuchte: Der „Bürger“ war für ihn jener Typus des Selbständigen, der durch die Rationalisierung des 20. Jahrhunderts, die Entstehung einer „Gesellschaft von Abhängigen“ und durch die soziale Nivellierung wieder zerstört worden war.⁸¹ Die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ war in dieser traditionellen Sichtweise, die von der Perspektive *moderner* Konservativer wie Schelsky scharf zu unterscheiden ist, insofern in ihrem Kern unbürgerlich und nicht die allgemeine Erfüllung des bürgerlichen Ideals in Konsum und Lebensstil.

Eine Ambivalenz und Spaltung in der Sichtweise des Bürgers kennzeichnete aber auch das andere politische Lager. Einerseits setzte sich auf der Linken

⁷⁹ Herman Nohl, *Der Bürger*, in: *Die Sammlung* 1 (1945/46), S. 85-95; vgl. auch Kurt Hahn, *Bürgersinn*, in: *Die Sammlung* 2 (1946/47), S. 497-501.

⁸⁰ Nohl war Jahrgang 1879, v. Martin Jahrgang 1882 – dies war deutlich eine andere Generationserfahrung als die Schelskys oder Königs.

⁸¹ Alfred v. Martin, *Die Krisis des bürgerlichen Menschen*, in: *KZfSS* 14 (1962), S. 417-448. Vgl. dazu auch Kruse, *Zeitdiagnosen*, S. 109-140.

die historisch begründete Skepsis gegenüber dem Bürgertum und seiner Rolle in der deutschen Gesellschaft und Politik seit hundert Jahren fort. Das stimmte in der Diagnose sogar in vieler Hinsicht mit v. Martin überein, bewertete diesen Bruch aber umgekehrt als Erleichterung und Befreiung. Der „bürgerliche Stil“, so versuchten die „Frankfurter Hefte“ 1954 zu zeigen, war auf dem Rückzug; die „industrielle Gesellschaft“ – ein ganz zentrales Leitbild der 50er Jahre, von dem vorhin ja schon kurz die Rede war – löse die „bürgerliche Gesellschaft“ ab; Technik, Organisation und Arbeit im Team machten den bürgerlichen Individualismus obsolet. Kurzum: „ein Bürger ist ein Mann, der vorindustriell produziert.“⁸² Das war immerhin eine Einschätzung, die sich wohl nicht zufällig mit der Affinität von Bürger und Handwerker in der Selbsteinschätzung und Schichtungsvorstellung der Bevölkerung traf. „Bürgertum“ und „Bürger“, so stellte auch Heinz Kluth in seiner sehr bekannt gewordenen empirischen Pionierstudie über Verhalten und Einstellungen der Arbeiterjugend fest, bekämen „den Geschmack des Antiquierten“.⁸³

Auf der anderen Seite begann in der Arbeiterbewegung, und insbesondere in den Gewerkschaften, bald nach dem Ende des „Dritten Reiches“ eine intensive Debatte über die Verbürgerlichung des Arbeiters, die an Diskussionen und politische Forderungen der Weimarer Republik teilweise unmittelbar anknüpfte und die Kategorie des „Bürgers“ positiv, ja emphatisch benutzte. Der Proletarier solle, so Ludwig Rosenberg in einer vieldiskutierten Schrift 1948, „vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger“ werden,⁸⁴ also auch in der betrieblichen Sphäre zum mündigen und mitbestimmenden Subjekt werden; und der klassische, jetzt wieder aufgeommene Begriff dafür hieß „Wirtschaftsdemokratie“. In der Auseinandersetzung um die Montanmitbestimmung stellte etwa der DGB-Vorsitzende Hans Böckler den angestrebten „Wirtschaftsbürger“ in den Mittelpunkt und berief sich dabei auch

⁸² Karl W. Böttcher, Der Bürger von gestern und der industrielle Stil, in: FH 9 (1954), S. 357-363; das Zitat S. 358.

⁸³ Heinz Kluth, Arbeiterjugend – Begriff und Wirklichkeit, in: ders. u.a., Arbeiterjugend gestern und heute, Hg. Helmut Schelsky, Heidelberg 1955, S. 16-174, hier S. 172 f.

⁸⁴ Ludwig Rosenberg, Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger, Köln 1948. Vgl. aus der Diskussion z. B. Kurt Brumlop, Vom Wirtschaftsuntertan zum Wirtschaftsbürger, in: FH 3 (1948), S. 1158 f.

auf Friedrich Naumanns alte Forderung, aus den „Industrieuntertanen“ müßten „Industriebürger“ werden.⁸⁵ Und als im Jahre 1951 über die Schaffung eines „Bundeswirtschaftsrates“ diskutiert wurde, erinnerte Fritz Tarnow als Kronzeuge der Weimarer Gewerkschaftsbewegung an den damaligen Reichswirtschaftsrat als ein Mittel, die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der „Wirtschaftsbürger“ zu erreichen.⁸⁶ Blättert man durch die ersten Jahrgänge der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ seit 1950, der Nachfolgerin der „Arbeit“ der Weimarer Republik, so erscheint als der zentrale Impuls der Gewerkschaftspolitik dieser Zeit, die Arbeiterschaft bzw. den einzelnen Arbeiter besser zu stellen, und zwar nicht in erster Linie in materieller Hinsicht, sondern ihn als Wirtschaftsbürger und Staatsbürger im politischen Sinne mündig zu machen, um den Ausschluß der Arbeiter aus der bürgerlichen Gesellschaft Deutschlands endlich zu überwinden. In diesem Sinne erklärte Herbert Wehner noch 1961 vor Mitgliedern der SPD: „Wer ist denn eigentlich Bürger? Wir alle sind die Mitbürger dieser Bundesrepublik; die (!) müssen schon einen besonderen Begriff des Bürgerlichen konstruieren, um uns auszuschließen. Die Frontstellung hie bürgerlich, da was anderes, wird es nicht mehr geben. (...) Wehe der Arbeiterschaft, die sich von der Entwicklung des Volkes isolieren läßt. Ich habe damit in meiner Jugend böse Erfahrungen gemacht.“⁸⁷ Aber „die“ hatten, wie wir eben gesehen hatten, den Begriff des Bürgers als Selbstattribut und Kampfbezeichnung inzwischen auch schon weithin aufgegeben.

Erst etwas später, um die Mitte der 50er Jahre, wurde dann der andere Strang aus der Verbürgerlichungsdebatte der 1920er Jahre wieder intensiver aufgenommen: die Frage nach der materiellen Annäherung der Arbeiterschaft an die Mittelschichten. Die Arbeiter wollten, so griff der Soziologe Leopold von Wiese 1956 entsprechende Umfrageergebnisse auf, durch eigene Leistung individuell aufsteigen statt auf die kollektive Besserstellung durch die Gewerkschaftspolitik zu warten; die alten Klassenkampfpapieren

⁸⁵ Vgl. dazu Klaus Peter Schulz, Vom Proletarier zum Wirtschaftsbürger. Die politischen Auswirkungen des Mitbestimmungsrechtes, in: GM 2 (1961), S. 184-189.

⁸⁶ Fritz Tarnow, Der Reichswirtschaftsrat in der Weimarer Republik, in: GM 2 (1951), S. 562-568.

⁸⁷ Zit. bei Lepsius, Zum Wandel der Gesellschaftsbilder, S. 456 (nach: Süddeutsche Zeitung Nr. 282/1961).

überzeugten nicht mehr; sehr viele Arbeiter wollten „ein eigenes Häuschen, einen Nutzgarten und ein Sparkonto erwerben und damit eben Bourgeois werden.“⁸⁸ Auch wenn über diese Diagnose und über die Wünschbarkeit einer solchen Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung weiterhin keine Einigkeit bestand,⁸⁹ löste sich doch der semantische Gegensatz zwischen „Bürgern“ und „Arbeitern“ in der zweiten Hälfte der 50er Jahre stark auf – waren nicht, so hörte man immer wieder, die Arbeiter Bürger und die Bürger auch Arbeiter?⁹⁰ So trug auch diese semantische Verbürgerlichung des Arbeiters nicht gerade zur Schärfung des Bürgerbegriffs oder zur Kohäsion einer soziokulturellen Gruppe „Bürgertum“ bei. Daß die Studentenbewegung und die „neue Linke“ die alte Begriffsopposition wenig später noch einmal aufgriff und variierte, änderte nichts mehr daran, daß diese Kategorien in der Selbstbeschreibung der deutschen Gesellschaft, nach einer ein gutes Jahrhundert währenden Prominenz, ihre Bedeutung weithin verloren hatten. Die politischen Ideologien des 19. Jahrhunderts einschließlich ihrer weitreichenden sozialen Implikationen, die sich in Deutschland bis 1945 und auch einige Jahre darüber hinaus immer wieder als so wirkmächtig erwiesen hatten, waren insofern im Laufe der 50er Jahre ein ganzes Stück weit erodiert. Am Ende des Jahrzehnts war dies auch schon ein Ergebnis empirischer Forschungen zum Einstellungswandel der westdeutschen Bevölkerung, das etwa die von Jürgen Habermas und anderen durchgeführte Studie über „Student und Politik“ für die nachwachsende Generation der Akademiker festhielt. Bei einer Minderheit, doch einer sehr charakteristischen Minderheit, führte diese neue Haltung, so formulierte Habermas, „zu einer Art Neutralisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins überhaupt“, einer Neutralisierung, in der sich „die Angst vor jeder Deutung der gesellschaftlichen Lage“, also eine Verunsicherung des sozialen Bewußtseins, mit der „Immu-

⁸⁸ Leopold v. Wiese, Vom Proletarier zum Arbeiterbürger, in: GM 7 (1956), S. 344-348.

⁸⁹ Eine Gegenposition z. B. bei Karl Kühne, Gesellschaftsstruktur und geistige Situation der Sozialdemokratie, in: NG 5 (1958), S. 91-98.

⁹⁰ v. Wiese, Vom Proletarier, bes. S. 348; Theodor Pütz, Die Epoche des Arbeiters, in: GM 7 (1956), S. 338-343.

nität gegen die Verführung durch sekundäre Mythen“ verband.⁹¹ Darin drückte sich noch einmal die Ambivalenz der historischen Erfahrung aus, auf der der Wandel sozialer Ordnungsvorstellungen in der frühen Bundesrepublik beruhte.

⁹¹ Jürgen Habermas u.a., Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, Neuwied 1961, die Zitate S. 157 (Durchführung der Befragung in den Jahren 1957/59).